

News Archiv 2017

2017-01-13 13:00

[Stadträtin Sonja Wehsely verlässt Politik](#)

Häupl hat „vollstes Verständnis“

Der erste Personalwechsel in der Wiener SPÖ ist fix: Gesundheits- und Sozialstadträtin Sonja Wehsely wird die Stadtregierung verlassen. Ihr Büro bestätigte am Freitagvormittag einen entsprechenden Bericht des „profil“ (Onlineausgabe).

Wehsely wird in die Privatwirtschaft wechseln. Sie war zehn Jahre lang für die Gesundheits- und Sozialagenden in Wien verantwortlich. Wehsely wird künftig in Deutschland tätig sein und per 1. April die Führung der Siemens Healthcare GmbH in Erlangen verstärken. Die 46-Jährige galt bereits länger als Ablöse kandidat in der roten Stadtratsriege. Zuletzt hatten sich die Probleme in ihrem Ressort gehäuft - darunter steigende Kosten beim Bau des Krankenhauses Nord und jüngst die Gangbettenproblematik in städtischen Krankenhäusern.

„Auch wenn nicht alle die Welle machen“

Wehsely sagte, ihr Politikverständnis sei es stets gewesen, „dass ich nicht in die Politik gegangen bin, um halt eine Funktion zu haben. Sondern ich wollte gestalten und Dinge verändern.“ Ihr Grundmotto sei gewesen, „im Rahmen dessen, was möglich ist, die Stadt etwas gerechter zu machen“. Das sei ihr durchaus gelungen.

Sie betonte, es sei ihr darum gegangen, ihrer Überzeugung zu folgen, „auch wenn nicht alle die Welle machen“. Sie habe SPÖ-Bürgermeister Michael Häupl persönlich über die Entscheidung informiert. Dieser habe betont, er müsse das akzeptieren, und habe hinzugefügt: „Wenn du gefragt wirst, ob du ausgetauscht worden wärst, sag Nein, denn so wäre es gewesen.“

Wehsely im Vorjahr bei den letztlich gescheiterten Verhandlungen über eine österreichweit einheitliche Regelung der Mindestsicherung

Häupl: „Habe vollstes Verständnis“

Häupl bedankte sich am Freitag bei der scheidenden Gesundheitsstadträtin und betonte: „Ich habe vollstes Verständnis für die Entscheidung, nach 13 Jahren in der Wiener Stadtpolitik neue Herausforderungen in der Privatwirtschaft anzunehmen. Ich bedanke mich bei Sonja Wehsely für ihre engagierte Arbeit und wünsche ihr alles Gute für ihren weiteren Weg.“ Über die Nachfolge im Gesundheitsressort wird laut dem Stadtchef bei der Vorstandstagung der Wiener SPÖ kommende Woche entschieden.

Vertreterin des linken Flügels

Wehsely gehört zum linken Flügel der Wiener SPÖ, die in der Bundespartei aufgrund ihrer Größe die gewichtigste Stimme ist. Vor allem in der Flüchtlingsthematik und in der Frage des Umgangs mit der FPÖ ist die Landespartei gespalten. Einige Bezirksorganisationen, etwa Simmering, fordern einen Kurswechsel. Im Hintergrund geht es dabei auch um die Nachfolge von Landesparteichef und Bürgermeister Michael Häupl.

Wehsely wurde besonders häufig von der Opposition, insbesondere der FPÖ, angegriffen - zuletzt etwa wegen des Bettenengpasses in Wiener Spitälern während der Feiertage. Bereits seit Wochen wird darüber spekuliert, dass Häupl sein Team umbauen wird. Zuletzt war erwartet worden, dass die Personalrochaden vor der Vorstandstagung nächste Woche bekanntgegeben werden.

ORF

Wehsely zog in einer Pressekonferenz selbstbewusst Bilanz über ihre 13-jährige Tätigkeit als Stadträtin

„Herausfordernde Situation“ für SPÖ Wien

Wehsely zeigte sich überzeugt, „dass die grundsätzlichen Entscheidungen die richtigen waren. Die Frage, ob man bei manchen Dingen etwas bedächtiger hätte sein können, ist berechtigt.“ Aber ihre Erfahrung sei, dass mit Bedächtigkeit in der Stadtpolitik „nichts passiert“, daher würde sie es nochmals so machen.

Die SPÖ Wien sieht Wehsely vor einer „herausfordernden Situation“. Es sei „ganz wichtig, dass jetzt die richtigen und nachhaltige Entscheidungen getroffen werden“. Denn das Schicksal der Wiener SPÖ ist ihrer Ansicht nach „ganz eng verbunden mit einer guten Zukunft für das Land“.

Dass sie vom Amt der Gesundheitsstadträtin in die Medizinsparte von Siemens wechselt, darin sieht Wehsely keine Unvereinbarkeit. Das so darzustellen sei eigentlich auch eine „Chuzpe“. Denn es werde darüber geklagt, es brauche mehr Austausch zwischen Wirtschaft und Politik - und wenn das passiere, werde es auch kritisiert. Die Entscheidung zum Wechsel habe sie bereits im November getroffen. Am

Mittwoch habe sie den Vertrag bei Siemens unterschrieben. Der neue Job sei eine „riesige Herausforderung“.

Freude bei Opposition

Für den Wiener FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache ist Wehselys Rücktritt ein „erster Schritt in die richtige Richtung“. Häupl habe „lange genug zugesehen, wie Wehsely das Wiener Gesundheitssystem ruiniert hat“. Und Strache kritisierte auch nochmals, dass Wehsely „Unsummen“ für die Mindestsicherung von Asylwerbern ausgegeben habe.

ÖVP-Stadtparteichef Gernot Blümel sagte, mit Wehselys Rücktritt sei eines der Ziele für 2017 erreicht. Die Kritik an den „zahlreichen Baustellen von Sonja Wehsely“ habe „endlich zu Konsequenzen geführt“, so Blümel und nannte die Kosten für die Mindestsicherung, die Kosten für das Krankenhaus Nord und die „nicht vorhandene Kontrolle“ in Wiens Kindergärten. Auch NEOS-Klubchefin Beate Meinl-Reisinger begrüßte den Rücktritt. Dieser berge die Chance, „den brachliegenden Gesundheitsbereich endlich neu aufzustellen“.

[Read more ... Stadträtin Sonja Wehsely verlässt Politik](#)

2017-01-11 15:07

[Offener Brief der Sektion Musik an die österreichischen Abgeordneten im EU-Parlament](#)

Forderung nach fairer Abgeltung künstlerischer Leistungen im Internet

An die

Österreichischen Abgeordneten

zum Europäischen Parlament

Die Sektion Musik in der younion _ Die Daseinsgewerkschaft ist Mitglied der Initiative „Fair Internet“ (www.fair-internet.eu), die mehr als 500.000 professionelle Interpreten in Europa repräsentiert.

Wir begrüßen den Entschluss der EU-Kommission, der fairen Bezahlung von Urhebern und Interpreten bei Übertragungen und Vermarktungen ihrer Werke im Internet Aufmerksamkeit zu schenken, siehe der Richtlinie „Digitaler gemeinsamer Markt“.

Aber wenn die Kommission unsere Lage verbessern will, reichen deren Vorschläge laut Artikel 14-16 nicht. Sie führen zu keiner erhöhten Abgeltung, die Kapitelüberschrift ist irreführend. Was wir brauchen ist ein verbrieftes Recht auf Abgeltung unserer künstlerischen Leistungen bei Verwertungen im Internet (z.B. bei iTunes, Netflix, Spotify, etc).

Seit der Annahme der Informationsgesellschaft-Richtlinie im Jahr 2001 warten die Interpreten künstlerischer Werke auf einen fairen Anteil an den Erträgen der Betreiber von Download- und Streamingdiensten. Instrumentalisten wie Vokalistinnen haben nach wie vor kein eigenes Leistungsschutzrecht im Online-Bereich. Weder werden die Hauptinterpreten angemessen an den Erträgen beteiligt, noch die unzähligen Studiomusikerinnen und -musiker. Ohne den passenden rechtlichen Rahmen verliert Europa seine Künstlerinnen und Künstler, weil deren Einkommen zum Leben nicht reicht.

Wir fordern daher nicht nur ein unverzichtbares Recht auf 50:50-Beteiligung an allen Online-Übertragungen. Dieses Leistungsschutzrecht soll – analog zu herkömmlichen Rundfunksendungen – von den Verwertungsgesellschaften der Interpreten eingehoben und verteilt werden. Bis jetzt erschöpfte sich die Debatte hauptsächlich auf die Forderung nach Transparenz (der Verwertungsgesellschaften) und faire Verträge.

Wir brauchen Transparenz auch auf der Seite der Nutzer (Provider, Betreiber von Internetplattformen etc.) und faire Verträge für alle Beteiligten. Die Musik ist ein Bestandteil der europäischen Kultur. Ohne Menschen, die komponieren, arrangieren, dirigieren und musizieren, stirbt sie und kommt ins Museum. Peter Paul Skrepek, Präsident der Sektion Musik

[Read more ... Offener Brief der Sektion Musik an die österreichischen Abgeordneten im EU-Parlament](#)

2017-01-10 14:35

[Volksbegehren gegen Handelsverträge startet](#)

Der Kampf gegen CETA & Co ist noch lange nicht verloren

Rund 40.000 Menschen haben unterschrieben, damit das Volksbegehren gegen TTIP, CETA & TiSA an den Start gehen kann. Am Montag, den 23.1.2017 ist es soweit, es beginnt die offizielle Eintragungswoche. Sie dauert bis 30.1.2017.

„Wir haben mit diesem Volksbegehren auf die zunehmende Ablehnung und Skepsis der Bevölkerung gegenüber diesen Handelsabkommen reagiert“, erklärte Bürgermeister Herbert Thumpser aus Traisen (NÖ) im Rahmen einer Pressekonferenz. Er ist einer jener sechs BürgermeisterInnen, die das Volksbegehren gestartet haben.

„Jede einzelne Unterschrift ist nun wichtig“, ergänzte Thomas Kattinig, Mitglied des Bundespräsidiums der yunion _ Die Daseinsgewerkschaft, die das Volksbegehren unterstützt.

Kattinig: „Die EntscheidungsträgerInnen müssen lernen, dass Geheimverhandlungen und das Ignorieren von

Kritik nicht mehr in die heutige Zeit passen und zu massivem Widerstand führen. Wir stehen für fairen Handel, solche Verträge dürfen daher nicht einzig den Konzernen dienen, sondern müssen einen Mehrwert für die gesamte Bevölkerung generieren.“

In der vorliegenden Form ist CETA nicht zustimmungsfähig. Es muss noch viel verbessert werden. Die vier Kernbereiche:

- keine privilegierten Klagerechte und Sonderschiedsgerichtsbarkeit für ausländische Investoren
- vollständige Ausnahme für die Daseinsvorsorge und öffentliche Auftragsvergabe
- Absicherung der Sozial-, Arbeitsrechts-, und Umweltstandards sowie ein klares Bekenntnis zum europäischen Vorsorgeprinzip
- Sanktionen bei Verstößen gegen Sozial-, Arbeitsrechts-, und Umweltstandards
Unternehmer Gert Ruecker von der Initiative KMU gegen TTIP: „Die Initiative KMU gegen TTIP wurde von UnternehmerInnen und Unternehmern ins Leben gerufen, da gerade KMU in den letzten Jahren in Österreich extrem unter Druck geraten sind. Die derzeit ohnehin schwierigen Rahmenbedingungen werden durch die geplanten Freihandelsabkommen weiter verschärft.“
- Thomas Kattinig abschließend: „CETA ist noch lange nicht beschlossene Sache. Das Volksbegehren ist ein gutes Mittel um unsere Forderungen in CETA & Co umzusetzen. Jetzt ist die Chance, um etwas gegen die Macht der Konzerne zu unternehmen. Deshalb: das Volksbegehren unterschreiben!“
- Leonore Gewessler von GLOBAL 2000, ebenfalls bei der Pressekonferenz: „Mit unserer Unterstützung des Volksbegehrens senden wir ein Signal: Umwelt- und KonsumentInnenschutz dürfen nicht über CETA, TTIP und TISA ausgehebelt werden. Vor den Abstimmungen zu CETA im europäischen und im österreichischen Parlament, haben wir es als BürgerInnen in der Hand. Setzen wir ein Zeichen gegen unfaire Handelsabkommen!“

[Read more ... Volksbegehren gegen Handelsverträge startet](#)

2017-01-09 18:55

[Hammerschmid will rasch Autonomiepaket](#)

Bildungsministerin Sonja Hammerschmid (SPÖ) will beim Autonomiepaket bald einen Grundkonsens erreichen. „Mein Ziel ist es, bis Ende Jänner einen über weite Strecken abgestimmten Begutachtungsentwurf zu haben.“

Im Zuge des Autonomiepakets sollen die ersten Standorte mit dem Schuljahr 2017/18 starten. Danach sollen Schulen ihre Erfahrung via „Peer-Learning-System“ an andere Standorte weitergeben, erklärte Hammerschmid bei einem Pressegespräch am Montag in St. Pölten.

Es handle sich um ein „Möglichkeitenpaket“, das u.a. Pädagogen neue Möglichkeiten für themen- und projektspezifischen Unterricht geben sollte, betonte die Bildungsministerin. Zudem sollen Schulstandorte selbst über die Dauer einer Unterrichtseinheit bestimmen und sich mehrere Schulen aus einer Region zu Clustern zusammenschließen können. Insgesamt betrifft das Paket laut Hammerschmid 32 Gesetze und 400 Verordnungen.

Schüler sollen digitale Kompetenzen lernen

In puncto Digitalisierung sollen Kindern und Jugendlichen künftig in der Schule digitale Kompetenzen vermittelt werden. Es gehe um den Umgang mit Wissen und Content im Internet, um Themen wie Cybermobbing und Hasspostings, so die Ministerin. Schüler sollen mit Handwerkszeug für kritisches Hinterfragen und ethische Reflexion ausgestattet werden, erklärte Hammerschmid, die Ende Jänner eine Gesamtstrategie zur Digitalisierung ab der Volksschule präsentieren will. Dabei gehe es auch um Infrastruktur, Lernmaterialien und Fort- und Weiterbildung von Pädagogen.



ORF

Sonja Hammerschmid (l.) und Matthias Stadler bei der Pressekonferenz in der Landeshauptstadt

Beim Ausbau der Ganztagschulen gehe es nun an die Umsetzung, so Hammerschmid. Der Nationalrat hat im Dezember eine Förderung von insgesamt 750 Millionen Euro ab dem Schuljahr 2017/18 bis 2024/25 beschlossen. Wichtig sei die „qualitätsvolle Gestaltung“ des Angebots - in Form von Nachmittagsbetreuung oder der Verschränkung von Unterricht, Lern-, Ruhe- und Freizeitphasen.

Stadler zur Ganztagschule: „Wahlfreiheit für Eltern“

Es sei Ziel, dass in Niederösterreich flächendeckend beide Formen angeboten werden, sodass Eltern Wahlfreiheit haben, sagte Matthias Stadler, Landesvorsitzender der SP Niederösterreich und Bürgermeister von St. Pölten. Ganztagschulen hätten sich international bewährt, „ich halte viel vom Konzept der verschränkten Form“, so Stadler.

Ganztageschulen hätten viele Vorteile, so der SPÖ-Vorsitzende: "Zum Beispiel bessere Bildungschancen, deutliche Reduktion der teuren Nachhilfe sowie bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Außerdem bleibt mehr Zeit für ein Familienleben, Zeit für Spielen und Spaß, weil das Lernen bereits in der Schule stattgefunden hat“, sagte Stadler. Ihm sei es wichtig, klarzumachen, dass die ganztägige Schulform nicht verpflichtend für alle gelte, aber ein notwendiges Angebot für viele Eltern und Kindern sein sollte.

[Read more ... Hammerschmid will rasch Autonomiepaket](#)

2017-01-08 11:37

[Strenge Geheimhaltung um Kerns erwartete Rede](#)

Strenge Geheimhaltung und hohe Erwartungen herrschen um die Rede von Kanzler und SPÖ-Chef Christian Kern. Der Kanzler wird am Mittwoch in Wels unter dem Titel „Worauf warten? Zeit, die Dinge neu zu ordnen“ seine Ideen zur Zukunft Österreichs präsentieren. Wirtschafts-, Steuer-, Sozial- und Bildungsthemen dürften dabei neben dem Kanzler selbst im Zentrum stehen.

Kerns Auftritt erfolgt in der Halle 21 der Welser Messe. An die 1.400 SPÖ-Funktionäre aus ganz Österreich werden erwartet. Mit Wels wählte die SPÖ einen symbolträchtigen Ort. Die oberösterreichische Statutarstadt, in der die SPÖ jahrzehntelang den Ton angab, hat seit dem Vorjahr einen FPÖ-Bürgermeister, und um FPÖ-Wähler will sich die SPÖ künftig verstärkt bemühen.

WhatsApp-Service startet

Anlässlich der Kern-Rede wurde ein 150-seitiges Programmheft erstellt, das am Mittwoch an alle Teilnehmer verteilt wird. Gleichzeitig mit dem Auftritt des Parteivorsitzenden startet die SPÖ kommende Woche auch einen eigenen WhatsApp-Service, über den Interessierte künftig die wichtigsten News, Infos und Ankündigungen aus der SPÖ geliefert bekommen sollen.

Über konkrete Inhalte der Kern-Rede ist bisher wenig bekannt. Der Kanzler selbst gab sich in den vergangenen Wochen medienabstinent und absolvierte nach dem letzten Ministerrat des vergangenen Jahres weder zu Weihnachten noch zu Neujahr noch rund um seinen Geburtstag am 4. Jänner Interviews. Die SPÖ-Führung ließ sogar ihren Auftritt bei den traditionellen Neujahrsgesprächen der ZIB2 sausen. Der Spannungsaufbau in der SPÖ scheint ganz auf den 11. Jänner gerichtet.

[Read more ... Strenge Geheimhaltung um Kerns erwartete Rede](#)

2017-01-04 12:22

[Informationsfreiheitsgesetz droht zu scheitern](#)

Der Versuch, das Amtsgeheimnis abzuschaffen, droht zu scheitern. Der Entwurf für die nötige Verfassungsänderung liegt seit bald zwei Jahren im Parlament, das „Informationsfreiheitsgesetz“ wartet noch auf die Einigung von Regierung und Opposition auf die nötige Zweidrittelmehrheit.

Die Verhandlungen dazu drehen sich im Kreis, wie das Ö1-Morgenjournal berichtete. Der Bund soll ein einheitliches Gesetz beschließen, jedes Bundesland könne aber ein Veto einlegen.

Junktime der Länder

Außerdem pochen die Länder im Abtausch für die Zustimmung zum Informationsfreiheitsgesetz darauf, dass ihnen der Bund in anderen Bereichen entgegenkommt. Kernpunkte: Die Länder dürfen die Grenzen der politischen Bezirke künftig selbst festlegen, Schwerpunktbildungen bei den Bezirkshauptmannschaften vornehmen, das Zustimmungsrecht des Bundes zur Bestellung des Landesamtsdirektors entfällt. Im Gegenzug darf der Bund Bezirksgerichte zusammenlegen, ohne ein Länderveto fürchten zu müssen.

Für die nötige Zweidrittelmehrheit ist die Koalition auf FPÖ oder Grüne angewiesen. Die Grünen stellten nun der Regierung ein Ultimatum: Bis Ende Jänner müsse die Bundesregierung Stellung zu den Vorschlägen beziehen. Gebe es keine Reaktion, seien die Verhandlungen gescheitert, so der grüne Justizsprecher Albert Steinhauser.

[Read more ... Informationsfreiheitsgesetz droht zu scheitern](#)

2017-01-03 09:01

Arbeitsmarkt: Auch 2017 wenig Entspannung in Sicht

Fast 425.000 im Vorjahr ohne Job

In Österreich waren 2016 über das Jahr gerechnet an die 425.000 ohne Arbeit bzw. in Schulungen. Das geht aus der am Montag veröffentlichten Jahresstatistik des Arbeitsmarktservices (AMS) hervor. Der heimische Arbeitsmarkt präsentierte sich insgesamt zwar stabiler als erwartet, die Lage müsse man aber dennoch als „sehr schlecht“ bezeichnen, so AMS-Chef Johannes Kopf.

Wie schon im November ist die Arbeitslosigkeit auch im Dezember des abgelaufenen Jahres gesunken. 2017 erwartet Kopf allerdings eine gegenläufige Entwicklung. „Sollten die Konjunkturprognosen stimmen, dann rechnen wir im Verlauf des Jahres 2017 wieder mit Anstieg der Arbeitslosigkeit“, sagte Kopf am Montag gegenüber dem Ö1-„Mittagsjournal“. Hinzu kommt laut Kopf, dass deutlich mehr geflüchtete Personen 2017 in Österreich Asyl erhalten werden.

Grafik: APA/ORF.at; Quelle: APA/AMS

Im Jahresdurchschnitt sind die Arbeitslosenzahlen in Österreich insgesamt auf Rekordhöhe geklettert. Die Zahl der jahresdurchschnittlich arbeitslosen Personen und Schulungsteilnehmer stieg 2016 im Vergleich zum Jahr davor um etwas mehr als 5.000 Personen zusätzlich auf 424.523 Betroffene. Laut Kopf war mit einem Plus von „20.000 bis 30.000 Personen“ mehr gerechnet worden. Der mildere Anstieg ist laut AMS neben der Konjunkturverbesserung auch dem Umstand geschuldet, dass im abgelaufenen Jahr weniger deutlich Asylverfahren abgeschlossen wurden.

Zahl der Langzeitarbeitslosen steigt

Den stärksten Anstieg der Arbeitslosigkeit gab es 2016 bei langzeitarbeitslosen Personen mit einem Plus von 59,8 Prozent auf 55.550 Betroffene. Die Zahl der arbeitslosen Personen und Schulungsteilnehmern stieg ebenfalls stark bei Akademikern (plus 13,8 Prozent), Personen mit höherer Ausbildung (plus 9,9 Prozent), Ausländern (plus 8,6 Prozent) und über 50-Jährigen (plus 5,6 Prozent). Den deutlichsten Rückgang gab es am Bau und in den Bundesländern Tirol und Salzburg.

Grafik: APA/ORF.at; Quelle: APA/AMS

Die vorläufige Arbeitslosenquote nach nationaler Berechnung verringerte sich 2016 laut AMS um 0,1 Prozentpunkte auf 9,1 Prozent. Im Durchschnitt betrug die Verweildauer in der Arbeitslosigkeit bereits 126 Tage, um elf Tage mehr als 2015. Die Zahl der unselbstständig Beschäftigten stieg laut Prognose um 1,5 Prozent auf 3,588 Millionen, und die sofort verfügbaren Stellen erhöhten sich 2016 aufgrund der Konjunkturbelebung im Jahresdurchschnitt um 37,7 Prozent auf 40.277.

Stöger sieht 2017 „keine Trendwende“

Sozialminister Alois Stöger (SPÖ) verwies auf den kräftigen Anstieg des Arbeitskräftepotenzials. „Dieser Zuwachs konnte bis vor wenigen Monaten auch durch die zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätze und die Beschäftigungsrekorde dieses Jahr nicht abgefangen werden“, so Stöger in einer Aussendung. Ein anhaltender Rückgang der Arbeitslosigkeit ist für Stöger noch nicht in Sicht. Das zweite Monat in Folge mit leicht sinkender Arbeitslosigkeit sei „keine Trendwende“, und das Thema Arbeitsplätze habe 2017 oberste Priorität für die Bundesregierung.

Kopf: „Es geht auch ums Chancen-Aufzeigen“

Im Interview mit der Zeit im Bild um 13.00 Uhr nahm Kopf neuerlich zur Diskussion über die Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen für Arbeitslose Stellung.

AMS-Chef Kopf kündigte im Ö1-„Mittagsjournal“ indes eine Qualifizierungsoffensive im Auftrag der Regierung an. Mehr als 30.000 Personen soll eine Ausbildung ermöglicht werden. Ziel sei es, dass diese Menschen einen Lehrabschluss erwerben. Eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt wird sich Kopf zufolge erst 2020 abzeichnen. Dann allerdings aus demografischen Gründen, weil die Bevölkerung in Österreich zu diesem Zeitpunkt deutlich rückläufig sein soll.

AMS-Zahlen relativieren Fachkräftemangel in Gastronomie

Erst kürzlich sorgte die Entscheidung des Sozialministeriums, Köche und Kellner nicht in die Liste der Mangelberufe aufzunehmen, für einen Aufschrei in der Tourismusbranche. Eine AMS-Sonderauswertung für den „Standard“ relativiert die Sorgen der Gastronomie nun. Laut AMS gibt es österreichweit deutlich mehr arbeitssuchende Kellner und Köche als offene Stellen. Zudem wird ein Großteil der Jobs innerhalb weniger Wochen vergeben.

Im November 2016 wurden via AMS 1.369 Kellner sowie 1.393 Köche in Österreich gesucht. Ihnen standen 5.806 arbeitssuchende Kellner und 2.985 Köche gegenüber, berichtet die Zeitung am Montag. In allen Bundesländern, also auch den stark vom Wintertourismus abhängigen westlichen, gibt es mehr arbeitslose Kellner als offene Stellen. Bei den Köchen gibt es in Salzburg und Tirol mehr offene Stellen als Jobsuchende.

Weiters hat das AMS erhoben, wie lange es dauert, bis die offenen Stellen besetzt sind. Bei den Kellnern konnten zwischen Jänner und November 2016 66,2 Prozent aller 23.252 gemeldeten Jobs binnen 30 Tagen besetzt werden, für weitere 30,1 Prozent fand sich spätestens nach drei Monaten jemand. Lediglich 3,7 Prozent der Stellen blieben länger als 90 Tage unbesetzt, heißt es in dem Bericht. Ähnlich verhält es sich bei den Köchen. Dort wurden 95,3 Prozent aller beim AMS gemeldeten Stellen binnen drei Monaten besetzt, nur in 4,7 Prozent der Fälle mussten die Firmen länger als 90 Tage suchen.

„Personalmangel lässt sich nicht kleinreden“

Die Wirtschaftskammer äußerte unterdessen Unverständnis über die Auswertung des AMS. „Die traurige Tatsache, dass in unserer Branche akuter Personalmangel herrscht, lässt sich nicht kleinreden“, sagte die Obfrau der Bundessparte Tourismus und Freizeitwirtschaft bei der Wirtschaftskammer, Petra Nocker-Schwarzenbacher. Verkürzte Betrachtungsweisen führten schnell zu Falschinterpretationen. „Wir arbeiten vielfach im Saisonbetrieb. Daher ist der Eins-zu-eins-Vergleich mit Ganzjahresbetrieben bei der Personalsuche unzulässig“, so Nocker-Schwarzenbacher.

[Read more ... Arbeitsmarkt: Auch 2017 wenig Entspannung in Sicht](#)

[AK-Chef Kaske für umfassende Steuerreform](#)

Der Präsident der Arbeiterkammer (AK), Rudolf Kaske, fordert eine umfassende Strukturreform des Steuer- und Abgabensystems. Im APA-Interview drängt er auf Vermögens- und Ökosteuern, um auf der anderen Seite den Faktor Arbeit billiger zu machen. Die Arbeitslosenzahl will Kaske in den nächsten vier Jahren um 100.000 senken. Als eine Maßnahme dafür sieht er eine Arbeitszeitverkürzung.

Zur Finanzierung des Sozialstaats und zur Senkung der Belastung des Faktors Arbeit hält der AK-Präsident nicht nur eine Wertschöpfungsabgabe, sondern ein ganzes Bündel von Maßnahmen mit einer Steuerstrukturreform für nötig. „Mehr Fairness“ will er dabei mit Vermögenssteuern sowie einer Erbschafts- und Schenkungssteuer erreichen.

Thema sollten auch Ökosteuern sein. Details wollte Kaske dazu allerdings nicht nennen. Der AK-Präsident rechnet auch nicht damit, dass diese Anliegen noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden können.

„Dreistufenplan“ gegen Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit will Kaske mit einem „Dreistufenplan“ senken. Dieser sieht eine „innovative Arbeitszeitverkürzung“, öffentliche Investitionen und einen Ausbau der Aus- und Weiterbildung vor. Für Letzteres will Kaske ein Qualifizierungsgeld und eine Weiterbildungswoche. Bis zu 100.000 weniger Arbeitslose in vier Jahren sollen damit erreicht werden.

Nein zu Zwölfstundentag

Die Forderungen der Wirtschaft nach einer generellen Flexibilisierung der Arbeitszeit weist der AK-Präsident zurück. Das Ziel der Arbeitgeber, die die Möglichkeit für einen Zwölfstundentag wollen, ist es nach Ansicht Kaskes, dass die Arbeitnehmer billiger arbeiten sollen. „Das wird es mit uns nicht spielen.“

Eine Arbeitszeitflexibilisierung finde laufend statt und werde auch über das System der Kollektivverträge weitergehen, so Kaske. Die Arbeitnehmerseite wäre zu einer zwölfstündigen Arbeitszeit bei Gleitzeit bereit gewesen, das ist aber letztes Jahr gescheitert, weil die Wirtschaft die Forderung nach einer generellen sechsten Urlaubswoche abgelehnt hat.

[Read more ... AK-Chef Kaske für umfassende Steuerreform](#)

2017-01-02 08:27

[OSZE-Vorsitz: Österreich ein Jahr lang Krisenmanager](#)

Übernahme zu heiklem Zeitpunkt

Nach 2000 übernimmt Österreich ein zweites Mal für ein Jahr den Vorsitz in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Der scheidende deutsche OSZE-Vorsitzende Frank-Walter Steinmeier (SPD) stimmte Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP) bereits auf eine schwierige Aufgabe ein.

Offiziell will Kurz die Prioritäten des österreichischen Vorsitzes zwar erst am 12. Jänner vorstellen. Aber beim letzten OSZE-Ministerrat im Dezember in Hamburg kündigte er bereits an, dass Österreich Akzente beim Kampf gegen Radikalisierung setzen und darüber hinaus als „Brückenbauer“ auftreten werde, um das Vertrauen in die OSZE wieder zu stärken.

Russland-Sanktionen sollen gelockert werden

Ohne Russland könne es keinen Frieden in Europa geben, so Kurz. In einem APA-Interview hatte er zuvor gesagt, dass er auf Russland zugehen wolle, obwohl dieses durch die Annexion der Krim „rote Linien überschritten“ habe.

Im Interview mit dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ kündigte Kurz an, eine Lockerung der Sanktionen gegen Russland voranzutreiben. „Wir müssen wieder Vertrauen in Europa aufbauen und bei den Sanktionen weg von einem System der Bestrafung hin zu einem System des Ansporns kommen“, sagte er.

Grafik: ORF.at; Quelle: APA

Zweimaliger Vorsitz selten

Österreich ist nach Deutschland und der Schweiz erst das dritte Land, das zum zweiten Mal die OSZE-Präsidentschaft innehat. Ausgerechnet im „Sanktionsjahr“ 2000 war Österreich an der Spitze der Staatenorganisation gestanden.

Steinmeier: Ihr werdet rauhen Wind spüren

Rund 40 Diplomaten bereiten den österreichischen Vorsitz schon seit Monaten im Außenministerium vor und arbeiten dabei eng mit dem scheidenden Vorsitzland Deutschland sowie der nächsten Präsidentschaft Italien zusammen. Den „rauen Wind (...) werdet ihr auch spüren“, sagte Steinmeier im Dezember. „Europa ist seit 2014 eben nicht mehr der Hort des ewigen Friedens“, spielte Steinmeier auf den Beginn des Ukraine-Konflikts vor gut zwei Jahren an.

Start mit Ukraine-Reise

„Ein Mehr an Sicherheit kann es nur mit einem Mehr an Vertrauen geben“, sagte Kurz in Hamburg vor den Außenministern der anderen 56 OSZE-Mitgliedsstaaten mit Blick auf die tiefe Spaltung zwischen Russland und dem Westen, die auch beim Hamburger Treffen wieder offenbar geworden war. „Das Blockdenken hat wieder Hochkonjunktur“, beklagte Kurz. So startet er seine Vorsitztätigkeit gleich mit einer Ukraine-Reise. Der neue „Chairman-in-Office“ wird am 2. Jänner in dem osteuropäischen Land erwartet.

Die dortige militärische Lage unterscheidet sich zum Jahresende unwesentlich von der Situation im Vorjahr. Mehrere hundert OSZE-Militärbeobachter bemühen sich im Donbass-Becken um eine Waffenruhe. Doch sowohl prorussische Separatisten als auch die Regierungstruppen missachteten den OSZE-Beobachtern zufolge die Waffenruhe. Die Feindseligkeiten nahmen jüngst wieder zu.

Initiativen ins Stocken geraten

Schätzungen zufolge starben in dem Krieg schon etwa 10.000 Menschen. Neuere Vereinbarungen - wie der Abzug schwerer Waffen und die Verbesserung der humanitären Situation der Zivilbevölkerung in den abtrünnigen Gebieten - harren ihrer Umsetzung. Initiativen wie die Entflechtung der Konfliktparteien mit einem Sicherheitsabstand von etwa zwei Kilometern gerieten ins Stocken.

Das ukrainische Außenministerium wünscht sich ein verstärktes OSZE-Engagement der Österreicher. „Wir hoffen, dass unsere Partner in Wien einen aktiven OSZE-Vorsitz in Bezug auf die Ukraine durchführen“, sagte der politische Direktor des ukrainischen Außenministeriums, Oleksij (Alexej) Makajew, in Kiew.

„Mit Schadensbegrenzung ist schon viel erreicht“

Jederzeit aufbrechen könnten auch andere nur scheinbar „eingefrorene Konflikte“, um deren Beilegung sich die OSZE bemüht. So gab es heuer bei Kämpfen zwischen Aserbaidschan und Armenien um die Enklave Bergkarabach Dutzende Tote. Und auch auf dem Balkan ist die Lage durch die bosnisch-serbischen Sezessionsbestrebungen angespannt. Mit Schadensbegrenzung sei schon viel erreicht, bringt ein OSZE-Diplomat die Erwartungen an das Vorsitzland auf den Punkt. „Es wäre bereits ein Erfolg, wenn weiter alle an einem Tisch bleiben.“

Ansässig in Wien, betreibt die OSZE insgesamt 17 Missionen auf dem Balkan, im Kaukasus und in Zentralasien. Ein Ritual ist die wöchentliche Sitzung der Botschafter der 57 OSZE-Staaten in der Hofburg. Diplomaten betonen, dass man die Bedeutung des „Ständigen Rates“ der OSZE nicht unterschätzen sollte. Schließlich ist die OSZE neben der UNO das einzige sicherheitspolitische Gremium, in dem die USA und Russland regelmäßig zusammentreffen.

Generalsekretär: Aufgabenbereich sehr kompliziert

„Österreich übernimmt den Vorsitz zu einem Zeitpunkt, zu dem der Aufgabenbereich wirklich sehr kompliziert ist“, sagte OSZE-Generalsekretär Lamberto Zannier im Dezember. Er hoffe, dass die österreichische OSZE-Präsidentschaft zur Lösung dieser Fragen beitragen und auch die Rolle der Staatenorganisation als Dialogforum stärken werde.

APA/AP/dpa/Christian Charisius

OSZE-Generalsekretär Lamberto Zannier scheidet im Juni aus dem Amt

Im Vergleich zu Organisationen gleichgesinnter Staaten wie EU und NATO zeichne die OSZE nämlich gerade die Tatsache aus, dass sie „inklusiv“ sei und Staaten mit unterschiedlichen politischen Ansichten vereine, so Zannier, der nach zwei dreijährigen Amtsperioden im Juni aufhören wird. „Wir schaffen einen Raum, in dem wir diese Unterschiede erörtern können. Wir möchten sie nicht eliminieren, sondern überbrücken“, so Zannier.

Schwierige Personalentscheidungen stehen an

Insgesamt 100 Arbeitsgruppen sind in der Organisation derzeit beschäftigt, ist die OSZE doch in verschiedensten Politikfeldern - vom Kampf gegen Frauenhandel bis zur Wahlbeobachtung - aktiv. Neben dem OSZE-Generalsekretariat gibt es noch drei Unterorganisationen: das Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) in Warschau, einen Minderheitenkommissar in Den Haag und den Kommissar für Medienfreiheit in Wien. Alle vier Organe sollen nun unter österreichischem Vorsitz einen neuen Chef bekommen.

Die Personalentscheidungen gelten als äußerst heikel. Der härteste Brocken wird die Besetzung des ODIHR-Büros in Warschau sein. Das Büro ist vor allem Russland und anderen Ex-Sowjetstaaten ein Dorn

im Auge. Moskau sähe es dem Vernehmen nach überhaupt gerne, wenn die OSZE zu einer rein politisch-militärischen Sicherheitsorganisation würde und die „menschliche Dimension“ ihrer bisherigen Tätigkeit hinter sich ließe.

Alle müssen zustimmen

Nach den OSZE-Regeln kommt eine gemeinsame Erklärung nur zustande, wenn alle 57 Mitgliedsstaaten zustimmen.

Gemeinsame Erklärungen selten

Traditioneller Höhepunkt der Präsidentschaft ist das jährliche Außenministertreffen im Dezember, bei dem auf höchster Regierungsebene nach Kompromissen gesucht wird. Allerdings konnten sich die OSZE-Staaten schon seit Jahren nicht mehr auf eine gemeinsame Erklärung einigen - so auch 2016 in Hamburg nicht. Stattdessen gab es ein deutsches Abschlusspapier, in dem offen von „Differenzen“ sowie von Verstößen gegen das Völkerrecht und die Grundsätze der OSZE die Rede war. Kein Staat wurde jedoch mit Namen genannt.

Zu den Staaten, die ein gemeinsames Papier blockierten, gehörten Russland und die Ukraine. Der russische Außenminister Sergej Lawrow warf dem Westen erneut vor, ein Zerrbild zu zeichnen. Der österreichische Vorsitz erwägt für 2017 auch ein informelles OSZE-Ministertreffen im September, das außerhalb von Wien stattfinden dürfte. Die Außenminister sollen in ungezwungener Atmosphäre das Jahrestreffen vorbereiten.

[Read more ... OSZE-Vorsitz: Österreich ein Jahr lang Krisenmanager](#)

2017-01-01 16:47

Sicherheitspaket soll im ersten Halbjahr stehen

Im Herbst der Öffentlichkeit vorgestellt, harrt das Sicherheitspaket der Regierung, inklusive Sicherheitskabinett und mehr Befugnissen für das Bundesheer, weiter der Umsetzung. „Ich hoffe, dass wir das mit allen Facetten im ersten Halbjahr über die Bühne kriegen“, sagte nun Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil (SPÖ) im APA-Interview.

Verfassungsmehrheit benötigt

Die Dauer rechtfertigte der Ressortchef damit, dass es sich um wesentliche Änderungen der Zuständigkeiten handle, die man „rechtlich korrekt“ abarbeiten müsse. Es habe interne Stellungnahmen und Ergänzungen gegeben, nun könne man es in der Regierung besprechen. „Relativ zeitnahe“ soll dann auch die Opposition in die Gespräche eingebunden werden, nicht zuletzt für die Verfassungsmehrheit. In ein bis zwei Monaten will der Minister das Paket „in den parlamentarischen Prozess bringen“.

Für die Verfassungsmehrheit will Doskozil auch schon gute Anzeichen haben, so gebe es bei den Grünen Ansprechpartner, die sich derartige Schritte in Kombination mit einem geänderten Rechtsschutz vorstellen könnten. Der Minister ist ebenfalls dafür, den Rechtsschutz des Ressorts auszulagern: die Kontrolle von Maßnahmen im Nachhinein ins Parlament, Bewilligungen im Vorhinein in eine unabhängige Behörde.

Doskozil für mehr Überwachung

Österreich sei zwar nicht oberstes Zielland für Terror, aber es gebe eine „Terrorsituation in Europa, und Österreich ist mitten in Europa“, so Doskozil weiter. Daher solle es auch eine bessere Vernetzung der Nachrichtendienste geben. Auch mehr Überwachung der Österreicher kann sich Doskozil vorstellen. Dazu soll es in den kommenden Wochen Gespräche mit dem Innenministerium geben. Es brauche gewisse Instrumente und „den einen oder anderen Schritt“ beim Datenschutz.

Das letzte Wort noch nicht gesprochen ist offensichtlich beim Wunsch von Innenminister Wolfgang Sobotka (ÖVP), die in der Koalition festgelegten „Obergrenzen“ für zugelassene Asylanträge ins Gesetz zu schreiben. Zuletzt ging ja das Fremdenpaket ohne eine solche Festschreibung in Begutachtung, weil sich die SPÖ sperrte. „Das werden wir noch einmal diskutieren, was die Intention dabei ist“, so Doskozil zum Wunsch des Koalitionspartners.

Bilaterale Grenzkontrollen

Gefragt nach einem Konzept, falls die Türkei den Flüchtlingsdeal mit der EU kündigt, verwies Doskozil auf eine eigene Initiative zum Außengrenzschutz. Ende Jänner, Anfang Februar werde es ein gemeinsames Treffen der Innen- und Verteidigungsminister der zentraleuropäischen Staaten und der Balkan-Staaten geben, wo man ganz konkret die Möglichkeiten einer gemeinsamen Außengrenzkontrolle definieren werde.

Man werde „das rechtliche Korsett“ für diese bilateralen Kooperationen definieren, auch die Frage, welche Staaten welche Leistungen für den Bedarfsfall zur Verfügung stellen können - „mit dem Ziel, dass die Balkan-Route zubleibt“, sagte Doskozil weiter. Längerfristig werde man sich auf EU-Ebene für hohe Flüchtlingszahlen allerdings etwas überlegen müssen, denn hier sei das „Dublin-System an und für sich ein Denkfehler“. Es sei „unrealistisch“, dass die Außengrenzstaaten alle Asylverfahren führen.

[Read more ... Sicherheitspaket soll im ersten Halbjahr stehen](#)

- [13](#)
- [14](#)
- [15](#)
- [16](#)
- [17](#)
- [18](#)
- 19